



Protokoll der 40. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	05.11.2025
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10.15 bis 12.45 Uhr

Aktenzeichen: 924-3723/16/2

Vorsitz:	Barbara Studer Immenhauser	Präsidentin Staatsarchivarin des Kantons Bern
Mitglieder:	Claude Béguelin	Arzt, Psychiater/Kinderpsychiater
	Thomas Gall	Stv. Geschäftsleiter der Opferhilfe beider Basel
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Heinz Kräuchi	Betroffener
	Jasmin Stern	Beraterin bei der Opferhilfe / Anlaufstelle Tessin
	Theresia Rohr	Betroffene
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Marcel Setz	Betroffener
Ex officio:	Maria Schultheiss	Bundesamt für Justiz / Leiterin Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Kommissionssekretärin



1 Begrüssung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 13. August 2025 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor rund 2 Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Sowohl seitens BJ als auch seitens Kommissionsmitglieder gibt es keine Mitteilungen.

2 Diskussion von Einzelfalldossiers

2.1 Fall aus früherer Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission einen Fall mit 3 Stimmen zur Gutheissung und mit 2 Stimmen zur Abweisung empfohlen; 2 Mitglieder enthielten sich der Stimme. Es wurde gewünscht, dass der Fachbereich FSZM die Kommission informiert, wie der Entscheid ausgefallen ist. Der Fachbereich FSZM informiert, dass das Gesuch mittlerweile nach nochmaliger interner Beratung gutgeheissen wurde.

2.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

2.2.1 Die Präsidentin stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste August 2025 total 21 Fälle und mit der Monatsliste September 2025 total 19 Fälle unterbreitet worden sind, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Seitens der Kommissionsmitglieder gab es zu den Monatslisten August und September 2025 keine Einwände und die entsprechenden Gutheissungsverfügungen wurden durch den Fachbereich FSZM versendet.

2.2.2 In den Monaten August und September 2025 gab es keine Fälle, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil die betreffenden Gesuche als offensichtlich unbegründet erachtet wurden. Entsprechend musste diesbezüglich kein Zirkularverfahren durchgeführt werden.

2.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 8 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet. In 7 Fällen schlägt der Fachbereich FSZM eine Abweisung vor. 1 Fall ist als Grenzfall zu diskutieren. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 7 Gesuche abzuweisen. Bei einem Gesuch werden Zusatzabklärungen als sinnvoll erachtet; lassen diese keinen Raum mehr für Zweifel am Vorliegen der Opfereigenschaft, kann das Gesuch vom Fachbereich gutgeheissen werden, andernfalls ist es der beratenden Kommission nochmals zur Diskussion zu unterbreiten.

3 Orientierung des Fachbereichs FSZM über den aktuellen Stand der Selbsthilfeprojekte und des Projekts Valorisierung der Forschungsergebnisse

3.1 Selbsthilfeprojekte

Der Verein «Agir pour la dignité» (APLD) hat ein Gesuch eingereicht. Im Projekt «récits de vie» werden voraussichtlich 10 französischsprachige Betroffene die Möglichkeit haben, ihre

Lebensgeschichte – in Zusammenarbeit mit einer Autorin – schriftlich darzulegen und für die Nachwelt zu sichern. Damit soll insbesondere auch die Vermittlung der Thematik in der französischsprachigen Schweiz vorangetrieben werden. Der Kontakt und die Betreuung soll durch Betroffene des Vereins APLD erfolgen, um einen möglichst sicheren Rahmen für die Portraitierten zu bieten.

3.2 Valorisierung der Forschungsergebnisse

Am 30. Oktober 2025 hat die Vernissage der nationalen Wanderausstellung "VERSORGT. VERDINGT. VERGESSEN? Geschichte(n) von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz" im Musée Historique in Lausanne stattgefunden. Die Ausstellung wurde durch Bundesrat Beat Jans eröffnet. Sie dauert bis im März 2026 und beleuchtet die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz. Sie zeigt persönliche Lebensgeschichten, den Weg der politischen Aufarbeitung und stellt die Frage: Was tun wir heute, damit sich das Unrecht nicht wiederholt? Nach dem Musée Historique in Lausanne (Informationen zur Ausstellung und Rahmenprogramm siehe: [Placés. Internés. Oubliés?](#)) wird die Ausstellung auch im Museum Luzern (Mai 2026 bis Oktober 2026), im Museum zu Allerheiligen in Schaffhausen (Dezember 2026 bis Mai 2027), im Castelgrande in Bellinzona (Mai 2027 bis Oktober 2027) und schliesslich im Kornhausforum in Bern (November 2027 bis Februar 2028) gezeigt werden.

Ebenfalls Ende Oktober 2025 ging die viersprachige Webplattform «erinnern für morgen» online. Sie richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit und dient als Eingangstor zur Thematik: An diesem zentralen Ort werden das Wissen und die aktuellen Entwicklungen rund um die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen gesammelt und bereitgestellt. Siehe www.erinnern-fuer-morgen.ch

Heinz Kräuchi erwähnt in Bezug auf die Darstellung von Lebensgeschichten in der Wanderausstellung «VERSORGT. VERDINGT. VERGESSEN?», dass er die Ausstellungsmachenden darauf hingewiesen habe, dass das Schwärzen von Teilen der Akten für viele Betroffenen schwierig sei. Sie würden vermuten, dass ihnen damit Informationen vorenthalten werden sollen. Die Ausstellungsmacher hätten deshalb die Akten in den Archivschubladen in der Ausstellung nicht «geschwärzt», sondern mit hellgrau anonymisiert und den Hinweis angebracht, dass dies durch die Ausstellungsmachenden zum Schutz der Persönlichkeit der betroffenen Personen gemacht worden sei.

4 Verschiedenes

Barbara Studer weist darauf hin, dass sie an einer Podiumsdiskussion zum Film «Nebelkinder» von Corinne Kuenzli im Kino Rex in Bern teilgenommen habe. Es handle sich um einen sehr eindrücklichen Film über die Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, bei dem die Kinder von Betroffenen im Fokus stehen würden.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am 25. Februar 2026, ab 10.15 Uhr, statt. Die Sitzungsdaten für die weiteren Sitzungen im Jahr 2026 wurden wie folgt festgelegt: 27. Mai, 19. August und 4. November.

Die Präsidentin dankt den Kommissionsmitgliedern für die rege Beteiligung an den Diskussionen und für ihr Engagement und schliesst die Sitzung um 12.45 Uhr.